

Landtag teilt Optimismus der Regierung

Trotz der Unsicherheiten durch die Coronakrise sind die Staatsfinanzen stabil.

Die Coronakrise wird zwar auch am Staatshaushalt nicht spurlos vorbeigehen, doch gemäss der Finanzplanung der Regierung für die Zeit von 2021 bis 2024 wird es schon bald aufwärtsgehen. Zwar rechnet die Regierung für das kommende Jahr mit einem Einbruch der Steuererträge. Dadurch können auch nicht mehr alle finanzpolitischen Eckwerte eingehalten werden. So hätte die Regierung dem Landtag eigentlich ein Sparpaket vorlegen müssen. «Es liegt jedoch kein strukturelles Problem des Staatshaushaltes vor», erklärte gestern Regierungschef Adrian Hasler.

Der Optimismus der Regierung wurde gestern auch vom Parlament geteilt. So verwies Thomas Vogt (VU) in seinem Votum auf die hohen Reserven. «Dank unseren finanziellen Reserven sollte trotz der heutigen Coronakrise von weiteren Belastungen der Bevölkerung, wie Steuererhöhungen und Erhöhung der Ausgaben, abgesehen werden», so Vogt. Doch er mahnte auch an, dass man weiterhin einen sorgsameren Umgang mit den Staatsfinanzen pflegt: «Wir werden in Zukunft stark darauf achten müssen, dass die

laufenden und wiederholenden Ausgaben nicht zu stark ansteigen. Dies ist eine Daueraufgabe von Regierung und Landtag, welche nie beendet sein wird.»

Dies wurde auch von Daniel Oehry in der FBP-Fraktionserklärung unterstrichen. Diese optimistischen Aussichten seien nur dank den in den letzten Jahren umgesetzten Reformen und Massnahmen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt möglich. «Unter anderem ist es diese in den letzten Jahren geschaffene, gute finanzielle Ausgangslage, welche uns nun bei der Bewältigung der Coronapandemie und deren wirtschaftlichen Folgen zugutekommt» so Oehry.

Es gibt verschiedene Unsicherheitsfaktoren

Doch verschiedene Abgeordnete wiesen auch darauf hin, dass die Finanzplanung auch verschiedene Unsicherheiten beinhaltet. Dies, da die Regierung für die Kalkulationen von verschiedenen Parametern ausgeht. So geht man davon aus, dass die Vermögensanlagen weiterhin eine Planrendite von 2,5 Prozent abwerfen.

Dies sei zwar vertretbar, «auch wenn im aktuellen Umfeld nicht sicher», so Elfried Hasler (FBP). Er wies auch noch auf einen weiteren Unsicherheitsfaktor hin. Die Regierung rechnet mit einer Mehrwertsteuererhöhung auf 8,4 Prozent ab 2022, welche die Schweiz für die **AHV-Sanierung** einsetzen will. Hasler ist jedoch skeptisch, dass diese so schnell kommt. «Ohne diese erhoffte Mehrwertsteuererhöhung wird es sehr eng und wir sind wieder nahe an einem Sparpaket», so Hasler. Trotzdem kam auch er zum Schluss, dass die Annahmen der Regierung vertretbar seien. «Wir verfügen über Reserven für nicht wiederkehrende Ausgaben und Investitionen. Bei den wiederkehrenden Ausgaben wurde das Pulver in dieser Legislatur aber schon verschossen. Wenn man neue Ausgaben ins Auge fasst, dann muss man auch die Finanzierung sicherstellen.»

Für Regierungschef Adrian Hasler war gestern aber nicht Schwarzmalen angesagt. «Die aktuelle finanzielle Lage erlaubt es uns, grosszügige Hilfsmassnahmen zur Bewältigung der Krise zu lancieren.» (sap) 5